

Streiflichter

In der „Deutschen Allg. Zeitung“ werden Ziffern zur parteipolitischen Zerrissenheit des deutschen Volkes veröffentlicht. Wir heben daraus hervor:

Neben der Abnahme der Wahlbeteiligung oder, anders ausgedrückt, der Zunahme der Partei der Nichtwähler, die sich seit den Wahlen zur Nationalversammlung von einer Reichstagswahl zur anderen in immer stärkerem Maße verhängnisvoll geltend macht, drängt sich bei einer vergleichenden Betrachtung der hinter uns liegenden fünf Reichstagswahlen noch die bedeutsame Tatsache auf, daß die Zahl der Parteien fast bei jeder Wahl wächst. Das gilt sowohl für die Parteien mit Mandatsbesitz, als auch vor allem für die zahlreichen Zwerg- und Splinterparteien, deren Stimmenzahlen für die Erlangung eines Mandats nicht ausreichen.

In der Nationalversammlung waren 10 Parteien vertreten, 19 weitere erreichten den damals erforderlichen Wahlquotienten nicht und gingen leer aus.

In den Reichstag von 1929 zogen ebenfalls 10 Parteien ein, während die Zahl der übrigen Parteien durch den Wegfall von 7 rein persönlichen Listen sich vorübergehend auf 16 verringerte.

Für den kurzlebigen Reichstag vom 4. Mai 1920 bewarben sich 30 Parteien um die Gunst der Wähler, von denen es 13 zu Abgeordnetenorten brachten, während 17 in der Wahlkloppel unterlagen.

Im Reichstag vom 7. Dezember 1924 verminderte sich durch das Verschwinden der Deutsch-Sozialen zunächst die Zahl der im Reichstag vertretenen Parteien auf 12, im Laufe der Wahlperiode trat aber wieder eine Erhöhung auf 16 ein, und zwar durch Abspaltung der Linken Kommunisten, durch den Zerfall der Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung in die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei und den Völkisch-Nationalen Block sowie durch die Bildung der Volkrechts-Partei und der Christlich-Nationalen Landvolk- und Bauernpartei. Außerhalb des Parlaments führten noch 20 weitere Parteien ein meist ephemeres Dasein.

Die Reichstagswahlen vom 20. Mai 1928 sahen schließlich den Aufmarsch von nicht weniger als 38 Parteien, von denen 15 Mandate erlangten — die gleichen wie im vorangegangenen Reichstag mit Ausnahme der Völkischen —, während die übrigen 23 Parteien vergeblich an die Wähler appellierten.

Großes Aufsehen hat die Meldung hervorgerufen, daß der tschechische Schuhkönig Bata vom preussischen Staat ein großes Gelände in Oberschlesien erworben hat, wo er eine bedeutende Schuhfabrik schon in nächster Zeit zu errichten beabsichtigt. Bei dieser Meldung überrascht weniger die Tatsache, daß Bata seine schon seit längerer Zeit vorbereiteten Pläne ausführt, als daß sein Unternehmen geradezu durch den preussischen Staat sanktioniert wird. Der preussische Pressedienst hat sich denn auch sofort veranlaßt gesehen, eine Erklärung abzugeben, in der ausgeführt wird, daß wohl für die deutsche Schuhindustrie eine gewisse Gefahr durch Batas Unternehmen erwachse, daß aber andererseits keine Möglichkeit gegeben sei, Bata an der Errichtung eigener Produktionsstätten zu verhindern, und daß es gerade dem preussischen Staat möglich gewesen sei, in Verbindung mit dem Verkauf bestimmte Bedingungen betr. der Einstellung deutscher Arbeiter durchzusetzen.

Bedeutet Bata wirklich eine Gefahr für Deutschland? Der tschechische Schuhkönig hat einen phantastischen Aufstieg genommen. Er ist heute der größte Schuhproduzent der Welt und seine Fabrikate gehen in alle Staaten Europas. Nicht mit Unrecht hat man Bata mit Ford verglichen; er hat die Prinzipien des amerikanischen Autokönigs auf die Schuhproduktion übertragen, allerdings mit dem Unterschied, daß er außerordentlich niedrige Löhne zahlt. Bata stammt aus einer ganz armen Familie; er ist der Sohn eines Hackschneiders in Jlin, einem kleinen mährischen Dorf, das man früher nicht einmal dem Namen nach kannte. Jlin war ein typisches Schuhmacherdorf. Der junge Bata verdiente zunächst als Hausierer sein Geld, dann versuchte er sich in Wien, allerdings mit wenig Erfolg. Schließlich kehrte er nach Jlin zurück, wo er mit seinem Bruder zusammen eine Werkstätte aufmachte. Aber noch ist er nicht leihhaft; er fährt noch einmal in die Welt hinaus, sammelt in Amerika und in Deutschland Erfahrungen und kehrt dann wieder nach Jlin zurück, um hier nun eine Schuhfabrik zu gründen. Der Krieg hat ihm seinen Aufstieg erleichtert; er bekam große Heereslieferungen. Die Fabrik in Jlin wurde rasch ausgebaut. Nach Kriegsende wußte er nicht allein seine Stellung zu behaupten, sondern seinen Wirkungsbereich immer zu erweitern. Von Jahr zu Jahr steigerte er die Produktion seiner Werkstätte, und infolge seiner konkurrenzlos billigen Preise trat der Bata-Schuh einen Siegeslauf durch die ganze Welt an. Leider hat es die deutsche Schuhindustrie versäumt, rechtzeitig Gegenmaßnahmen gegen die drohende Tschechen-Konkurrenz zu treffen.

Aus dem Wahlkampf

Kanzler-Nede in Trier

Reichskanzler Dr. Brüning sprach am Sonntag auf einer Kundgebung der Zentrumspartei in Trier. Die Wirtschaftskatastrophen die über die Welt hereinbrochen sei, dränge zu einer Lösung. Friands Deutschkritik versuche, einen Weg aufzuzeigen, und die deutsche Reichsregierung habe den Willen zur Zusammenarbeit offen bekundet. Die Endsiehe der deutschen Außenpolitik mühten sich aus der heutigen Gesamtlage Deutschlands von selbst ergeben. Um diese Ziele zu erreichen, brauche man in erster Linie Stabilität und innere Folgerichtigkeit, die eine gesetzmäßige Einstellung zur Außenpolitik bringen mühten. Man dürfe sich auf keine politischen Abenteuer einlassen. Verantwortungsvolle Außenpolitik müsse nüchtern abwägen und vorhandene Mittel einsetzen. Die Reichsregierung werde die bisherige Linie weiter beschreiten, um das Vertrauen des In- und Auslandes zu erwerben. Eine Voraussetzung sei aber, daß die inneren Verhältnisse sich besserten.

Reichsinnenminister Dr. Wirth in Essen

In einer Wahlkundgebung der Zentrumspartei Groß-Essen sprach Reichsinnenminister Dr. Wirth über die politische Lage. Die neue Staatspartei nannte der Redner eine sehr interessante Mischung unserer Tage. Die Opposition gegen die Politik Brüning sei keine echte Opposition gewesen, sondern nur eine Gruppierung zum Sturz der Regierung. Wie sich die Reichsbildung im neuen Reichstage vollziehen werde, könne heute noch keiner übersehen. Werde die Sozialdemokratie zur Führung berufen, werde sie nicht regieren können ohne Unterstützung des Zentrums oder anderer Parteien. Der Redner warnte dann, sich dem Fatalismus hinzugeben und richtete dann an die SPD, die Warnung, sich im Wahlkampf gegen das Zentrum Jüdel anzulegen. Sie werde eines Tages das Zentrum drinend nötig haben. Allen Heilspornen, die glaubten, den Stein der Weisen zu wissen, werde man das Finanzministerium übergeben, dann würden sie sehr schnell bescheiden werden. Er bestritt sich mit den Nationalsozialisten, deren Gedankengang er als veränderten Abdruck Reichsicher Weltanschauung hinstellte und gab seiner Benützung Ausdruck über die Tatsache, daß die konservativen Menschen des evangelischen Volksteils den Weg zum heutigen Staat gefunden hätten.

General von Seekt in Dortmund

In einer von der Deutschen Volkspartei einberufenen Wahlversammlung sprach in Dortmund Generaloberst a. D. von Seekt. Er sagte u. a.: Das Ziel der Außenpolitik bleibe Verständigung, Friede, Zusammenleben. Das Zusammenleben bedinge die Wiederherstellung der Macht, um nicht von den anderen beherrscht zu werden und um die deutschen Brüder in der Welt schützen zu können. Im Osten sei das Ziel die Erhaltung des Deutschen Reiches. Der Korridor sei eine dauernde Bedrohung für Ostpreußen. Mit Italien, dessen Faschismus kein Auszubarttel sei, und mit Russland, das als großer Nachbar unserer Grenzen jederzeit ein Stein im Brett der deutschen Politik bedeute, mühte Deutschland in Frieden und Freundschaft leben, auch wenn man ihre außenpolitischen Ziele ablehne. Zur Abrüstung auf den Stand, auf den Deutschland zurückgeschraubt sei, würden die anderen Staaten niemals gehen. Daher müsse ein Rüstungsanstreben angestrebt werden, der auch Deutschland in die Reihe von souveränen Staaten wieder zurückversetze.

Rede des Reichsministers Treviranus

Frankfurt a. M., 1. Sept. In einer Kundgebung der Konservativen Volkspartei Frankfurt a. M. sprach im Schumanntheater Reichsminister Treviranus. Zur allgemeinen Lage sagte der Minister, man sei sich im Kabinett darüber einig geworden, daß es für die dringendsten Aufgaben der nächsten Wochen und Monate die Möglichkeit einer Arbeitsgemeinschaft geben müsse. Zu der Auslegung seiner früheren Reden übergehend, sagte der Minister, die Frontkämpfer seien frei vor der Illusion, daß sie an einen Locarnogeist glaubten. Sie seien auch frei von dem Geiste, daß sie Krieg führen wollten. Reichsminister Seewitz habe in Bremen erklären müssen, der Korridor sei ein Pfahl im Fleische Europas. Die Konservativen wollten dafür kämpfen, daß diese Welt in Ordnung komme. Die Wunde im Osten bleibe offen, ob man sie Karbe oder sonstwie nenne. Das sei das Letzte und Schwerste, was zu lösen bleibe.

Deutsche Reichstage in alten Zeiten

Von E. D. O. Hülshoff.

Seit der Zeit der Hohenstaufen, also seit etwa sieben Jahrhunderten, besitzt Deutschland einen Reichstag, doch hat er im Laufe der Zeiten manche tief eingreifende Wandlungen erfahren. Der Zusammenritt dieser „Reichsstände“, mit denen der Kaiser in eigener Person die deutschen Angelegenheiten regelte, entwickelte sich aus den Versammlungen der geistlichen und weltlichen Großen, die im einstigen fränkischen Reiche teils gleichzeitig mit den Volkssammlungen der sogenannten März- und Kaffelder, teils aber auch unabhängig von diesen zusammenkamen. Zu erscheinen berechtigt waren die Reichsäbte, die Fürstbischöfe und Bischöfe, die Fürsten, Herzöge und Grafen und — seit dem Jahre 1255 — auch die Abgeordneten der freien Reichsstädte. Anfänglich fanden die Reichstage in völlig unregelmäßigen, von den jeweiligen politischen Erfordernissen oder den besonderen Wünschen der Kaiser abhängigen Formen statt. Erst die „Goldene Bulle“ des Kaisers Karls des Vierten, gab im Jahre 1356 den Zusammenkünften eine feste Regelung und Bestätigung. Später forderten sich dann die Kurfürsten zu eigenen Beratungen ab, und nachdem die geistlichen und weltlichen Reichsfürsten ihrem Beipfunde gelohnt waren, teilte sich der deutsche Reichstag schließlich in drei Kollegien. Die Reichstage wurden früher nicht an einem bestimmten Orte, sondern abwechselnd

in den verschiedensten freien Reichsstädten, wie Nürnberg, Speyer, Augsburg, abgehalten, und erst seit 1663 bildete sich die Gewohnheit heraus, daß man zu diesem Zwecke meist Regensburg erwählte. Wenn die Kaiser es für notwendig befanden, mit Adel und Geistlichkeit zu beraten, so trafen sie Anordnungen, wann und wo der Reichstag abgehalten werden sollte, und erteilten die Einladungen an die Ständesherren.

In der betreffenden Stadt erschien bald darauf der Reichsmarschall, um seine Bestimmungen bezüglich der standesgemäßen Unterbringung und Verpflegung der erwarteten hohen Herrschaften zu treffen — womit er den Stadtoberhäuptern meist gründliches Konterbrechen bereitere. Damals nämlich pflegten sich die Reichstage gewöhnlich zu einer Art Kollsest zu gestalten, und die sonst einsam auf ihren Burgen und Schlössern hausenden Welfen brachten zu solchen Gelegenheiten gern ihre Frauen und Töchter mit, um ihnen eine Abwechslung zu verschaffen und sie am Treiben der großen Welt Anteil nehmen zu lassen. So war es keine leichte Aufgabe, in den engen Städten jener Tage für passende Quartiere zu sorgen, zumal auch die deutschen Fürsten und die hohe Geistlichkeit den Großen aus Holland, Spanien und dem übrigen Auslande, die bei ihren Einzügen stets reichlichen Luxus entfalteten und für sich und ihre Damen ein sehr zahlreiches Gefolge mitführten, in nichts nachstehen wollten. Derart gewaltige Menschenansammlungen lockten natürlich auch immer allerlei fahrendes Volk herbei, Händler, Geldwechsler, Pfandleiber, Quacksalber, Komödianten und — Spitzbuben kamen in Menge nach den Reichstagstädten, und der hohe Rat sah sich genötigt, zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung mehrere hundert Mann Stadtrichter besonders anzuwerben. Meist brachte man in den Straßen Ketten an, um bei irgendwelchen Vorkommnissen sofort absperrten zu können, und manchmal wurde, wie etwa 1548 in Augsburg, zum warnenden Beispiel gleich vor dem Rathaus der Galgen aufgerichtet. Zu allem übrigen oblag dem Magistrat auch noch die Sorge für ein Ehrenschiff an den Kaiser, das meist in einem kunstvoll gearbeiteten und mit Goldtauben gefüllten Pokal, mitunter aber auch in der Uebernahme der Unterhaltskosten für das kaiserliche Gefolge bestand. War alles bereit und die Mehrzahl der geladenen Standesherren eingetroffen, so vertrieb man sich die Zeit bis zum Erscheinen des Kaisers mit Belustigungen aller Art, mit Turnieren, Tanzveranstaltungen und natürlich mit den unvermeidlichen Schmausereien und Gelagen. Auch gespielt wurde viel und hoch. Manche Fürsten führten sich da oft berart in Schanden, daß es ihnen erging wie Philipp von der Pfalz, dem gelegentlich des Reichstages zu Nürnberg einmal sämtliche Pferde gestohlen wurden, worauf er bei Nacht und Nebel mit nur drei Dienern heimlich aus der Stadt fliehen mußte.

War der Kaiser endlich angekommen und mit großer Prunkentfaltung empfangen worden, so erfolgte die Eröffnung des Reichstages mit einer Ansprache, die ein hoher Würdenträger aus des Kaisers Gefolge hielt, worauf ein Reichsfürst im Namen der Versammlung antwortete. Dann begannen die Beratungen, die aber durch allenthalben Kanakstreitigkeiten und Fäkerereien wegen Sitz- und Stimmerechtigkeiten nicht selten große Verzögerungen erlitten.

Mit dem Abnehmen der kaiserlichen Macht und der Deszentralisation der Staatsgeschäfte verlor auch der Reichstag immer mehr an Bedeutung und sank endlich zu einer bloßen Gesandtenkonferenz herab. Schon vor der Auflösung des Reiches 1806 war der alte Reichstag nur mehr eine leere, formale Einrichtung. Die Fürsten der Reichsstädte sahen seine Belästigung nicht ungern, da sich in ihren Mauern durch das tolle Treiben stets die öffentliche Ordnung in bedenklichem Maße gelodert und es oftmals Jahre gedauert hatte, bis die inneren Schäden wieder ausgemerzt worden waren.

„Im Westen nichts Neues“

„Derr Poincare hat ein ausgezeichnetes Gedächtnis. Nichts gerät bei ihm in Vergessenheit.“ Mit diesen Worten leitete Reichsminister Treviranus einen längeren Aufsatz ein, den er unter dem Titel „Im Westen nichts Neues“ in der Berliner Vorzeitschrift veröffentlicht. Der Minister nimmt in diesem Artikel Gelegenheit zu einer Auseinandersetzung mit Poincare, der der kürzlich geäußerten Auffassung des Ministers über die deutsche Ostfrage und über die Revolutionen in Frankreich entgegengetreten ist. Minister Treviranus fährt fort: Umso eher der Herr Poincare bei uns Verständnis voraussetzen, wenn er sich für den Ewigkeitwert der Verträge, die ihm zu milde sind, mit alter Leidenschaft ficht. Diese Verträge liegen zwar für uns nicht den Raum für eine Hoffnung, wie sie Poincare hegt, in einem heiteren Frieden zu leben — sie swanagen uns vielmehr die besten Kräfte eines verweifelten Volkes zusammenzurufen um seinen und den Bestand des Reiches zu sichern. Der Friede kann für uns „nicht nur ein leeres Wort“ sein, weil wir ihn brauchen, um überhaupt leben zu können. Wäre die Debatte über die Revision der Verträge, die nicht in Deutschland anhub überhaupt entstanden, wenn in der Welt die Ueberzeugung sich verankert wäre, daß diese Verträge den Frieden für ewige Zeiten sicherten? Sind die Verträge für Europa da, oder lebt Europa für die Verträge.

Poincare hält uns vor, was Frankreich sich von den Verträgen habe abhandeln lassen. Ich vermag in dem Bericht Frankreichs auf die Auslieferung unserer Führer, einer Forderung die man nur in der Kriegsgeschichte halbwilliger Stämme findet in der Errichtung des Dawes-Planes, an dem Herr Poincare als Ministerpräsident nicht unbeteiligt ist, und in seiner Fortbildung, dem Young-Plan, ebenjowenig als in der vorzeitigen Klärung des Rheinlandes, das die Amerikaner längst vorher verlassen hatten, kaum eine notwendige Korrektur einziger Schönheitsfehler des Versailler Vertrages zu sehen. Entschieden aber weise ich die Behauptung Poincares zurück, Frankreich habe für diese „Zugeständnisse“ nicht den geringsten Gegenwert erhalten.

Gibt es in der Geschichte ein Beispiel dafür, daß ein Volk die ihm durch ein Zwangsdiikt gezogenen Grenzen freiwillig in völkerrrechtlich bindender Form garantiert? Wie find, um es offen zu sagen, erschüttert, daß ein französischer Staatsmann die Be-

deutung des Falles von Vocarno, die Annahme des Kellogg-Paktes, überhaupt nicht zu würdigen Schein. Ich befürchte, Herr Poincaré würde sehr leicht abschnelden, wenn wir unsere Seite die ad hoc-faktische Hartnäckigkeit soweit trieben, seiner Aufzählung der französischen Konzeptionen eine ähnliche deutsche Rechnung entgegenzustellen. Herr Poincaré belächelt meine Auffassung über die deutsche Offensivität, über die Revisionsmöglichkeiten, welche uns der Artikel 19 der Völkerbundsatzung gibt. Er sucht nachzuweisen, daß die heutige Grenzsetzung gerecht und im Einklang mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker sei. Die Welt ist nicht im Zweifel darüber, welches Ergebnis eine Abstimmung im Korridorgebiet gehabt hätte, ehe Polen seine Ausweisungspolitik begann. Oder hat man die Danziger deutsche Bevölkerung gestraut, ob sie vom Reich getrennt und als freie Stadt unter polnischer Oberhoheit leben will?

Herr Poincaré bestreitet uns ein Recht, das uns der Professor an der Sorbonne René Martel in seinem Buche „Les frontières orientales de l'Allemagne“ auf Grund eingehender Studien restlos zuerkennt; nämlich davon zu sprechen, daß durch die Grenzsetzung im Osten ein beispielloser wirtschaftlicher Ruin fast der Hälfte Deutschlands verursacht wurde. Diese wirtschaftliche Katastrophe führt zu einer allmählichen Entvölkerung des deutschen Ostens.

Unter der Last dieser Zustände ist Deutschland nicht in der Lage, auch nur auf eines der Rechte zu verzichten, die ihm die Verträge zusichern. Wir haben es nicht nötig, von Revisionen zu träumen, wir werden uns nie zu räumen brauchen, nie davon zu sprechen zu haben. Wir wollen an der Seite jener Nationen, die sich von den Friedensverträgen distanzieren oder ihre Revision fordern, eine Politik des Rechtes, die dem Weltfrieden dient, in dem sie das Leben der Nationen schützt. In der Mantelnote vom 16. Juni 1919, die auch die Unterfertigung der französischen Regierung trägt, ist ausdrücklich gesagt, daß der Versailler Vertrag nicht nur eine gerechte Erledigung des Krieges, sondern auch die Grundlage schaffen wolle, auf der die Völker in Gleichberechtigung zusammenleben können.

Wir sehen hierin nicht nur die Möglichkeit, den guten Willen der Verträge zu retten, sondern auch die Pflicht für das friedliche Leben Europas. Friede durch Recht — Recht, das mit uns verbunden ist, ist unsere Hoffnung für Deutschland wie für Europa. Ihnen, Herr Poincaré, haben wir Verträge höher, uns das durch die Verträge bedrohte Leben Europas. Die Welt und Europa mögen entscheiden, welche Verantwortlichkeit sie für ein gutes friedliches Dasein höher ansehen wollen.

Ziele des Christlich-sozialen Volksdienstes

Von W. Simpfendorfer-Kornthal, Spitzenkandidat des Christlich-sozialen Volksdienstes

Auf besonderen Wunsch geben wir nachstehendem Aufsatz über Wille und Weg des C.S.D. Raum.

Durch weite Teile des evangelischen Deutschlands geht heute eine mächtige, religiös bestimmte politische Bewegung. Ihr Ausgangspunkt ist ein neues Erleben der Wirklichkeit Gottes im Krieg und in den Umwälzungen der Nachkriegszeit. Die Träger der Bewegung gehen von der Ueberzeugung aus, daß die letzte Ursache der äußeren und inneren Not der Gegenwart die Entgottung des staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens ist. Sie können es deshalb nicht mehr verantworten, tatenlos zuzusehen, wie der Herrschaftsanspruch Gottes auf diese Lebensgebiete theoretisch und praktisch geleugnet wird. Sie sind durchglüht von dem Willen, durch Wort und Tat, durch eine Politik des Glaubens und des Gehorsames der uneingeschränkten Anerkennung der Gebote Gottes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens wieder Bahn zu schaffen, die Gottesfrage im öffentlichen Leben mit radikaler Entschiedenheit aufzurollen.

Der Christlich-soziale Volksdienst — das ist der Name dieser Bewegung — wendet sich zunächst gegen die weltflüchtige Enttötung der ernsten Christen gegenüber der politischen Betätigung. Er ruft diese Kreise, aus denen er selbst herausgewachsen ist, auf zu verantwortungsbewusster Mitarbeit am Staat. Diese Mitarbeit ist dem C.S.D. ein Gebot des Glaubens an die auch im Staat, in Wirtschaft und Gesellschaft wirksame Schöpfermacht Gottes, nicht zum wenigsten aber auch eine Forderung der Liebe zu den Brüdern.

Die Ausschaltung des Religiös-Sittlichen aus Politik und Wirtschaft bedeutet nicht die alleinige Geltung der sachlichen Notwendigkeiten. Sie hat diese Lebensgebiete durch die Loslösung von Gott vielmehr den dämonischen Mächten der Selbstsucht, der Lüge und des Hasses ausgeliefert. Das Ergebnis dieser Enttötung liegt heute klar vor aller Augen: Abkehr von Gott hat zur unausbleiblichen Folge eine völlige Sinnentleerung und Sinnverleugung aller Ordnungen des menschlichen Lebens.

Die Technik, bestimmt zum Segen des Menschen, wird ihm zum Fluch. Die Wirtschaft dient nicht mehr ihrem eigentlichen Zweck, der Bedarfsdeckung, sondern dem Profit.

In der Politik sehen wir statt der notwendigen Führung Irreführung und Verführung, statt Ordnung Verwirrung und Chaos. Im gesellschaftlichen Leben herrscht der Kampf aller gegen alle statt des Willens zur gegenseitigen Ergänzung und zum Dienst am Ganzen. Und das Ende: Mäher des Individualismus, Resignation und Herzensweilung oder sinnloser Radikalismus!

Angelehnt dieser verhängnisvollen Lage ruft der C.S.D. auf zu einer **Mobilisierung eines evangelischen Volkswillens**, zum Einsatz der erneuernden Kräfte des Evangeliums durch den Dienst christlicher Persönlichkeiten im politischen Leben. Eine solche Erneuerung muß zu einer Revolution der Seelen, und zu einer Reformation des politischen Lebens führen.

Zunächst steht aus solcher Grundhaltung ein ganz bestimmt geprägter Staatsbegriff. Der Staat ist uns eine Schöpferordnung Gottes, berufen zum Schutz und zur Förderung des Guten, und zur Abwehr des Bösen. Darin ist eingeschlossen, daß die Staatsgewalt den Regierenden letzten Endes von Gott verleiht ist, dem die Regierenden hinwiederum Verantwortung für ihr Tun und Lassen schuldig sind. Die Frage der Staatsform wird damit zu einer Frage zweiter Ordnung. Der Christliche Volksdienst ist zu ehrlicher Mitarbeit am heutigen Staat bereit. Eine Katastrophentheorie wird von ihm mit aller Entschiedenheit abgelehnt.

Aus der Grundeinstellung des C.S.D. ergeben sich auch die letzten inneren Voraussetzungen für die Lösung der schwierigen politischen Gegenwartsaufgaben, der Rettung der Landwirtschaft, der Sanierung der Finanzen und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Die von dem C.S.D. vertretene organische Staatsauffassung muß der Landwirtschaft als der Brunnenscheibe aller wertvollen

Volkskräfte ausschlaggebende Bedeutung für die Erhaltung des Staates beimesen. Für die Landwirtschaft Opfer zu bringen, ist daher den Vertretern aller Schichten des C.S.D. eine Gewissenspflicht. Im Bewußtsein der Schicksalsverbundenheit von Arbeiter und Bauer haben so im verflochtenen Reichstag die Arbeitervertreter des C.S.D. allen Maßnahmen zur Rettung des Bauernstandes zugestimmt. Diese Einstellung wird auch bei zukünftigen Entscheidungen bestimmend sein.

Krieg und Inflation, die Hauptursachen unseres heutigen Elendes, betrachtet der Christ als eine Zulassung und ein Gericht Gottes, unter das er sich demütig beugt. Das schließt in sich die persönliche Bereitwilligkeit zum Verzicht auf Entbehrliches, zu entschlossener Sparsamkeit; wenn es sein muß auch zu finanziellen Opfern. In der Finanzpolitik wirkt sich diese Haltung aus in dem Willen zur Durchsetzung rücksichtsloser Sparsamkeit und Sauberkeit in der Verwaltung. Das Recht auf politische Führung haben nach unserer Auffassung nur diejenigen, die hier mit gutem Beispiel vorangehen. Daß der C.S.D. für eine gerechte Verteilung der Lasten aus innerster Ueberzeugung eintreten muß, ist selbstverständlich.

Die Arbeitslosigkeit, das Kernproblem der Politik der Gegenwart und sicher auch der Zukunft, kann selbstverständlich nicht mit einer einfachen Formel gelöst werden. Aber gerade hier läßt sich auf Schritt und Tritt zeigen, daß die innere Einstellung die praktischen Entscheidungen wesentlich bestimmt. Nur wer die mit der Arbeitslosigkeit verbundenen menschlichen und pöitlichen Koste der Betroffenen voll in Rechnung stellt, wird ohne Rücksicht auf die Sonderinteressen der Arbeitnehmer oder Arbeitgeber alle sachlich notwendigen Maßnahmen mit der erforderlichen Energie, ja Rücksichtslosigkeit anwenden. Hierher rechnen wir nicht nur den Notbehelf der staatlichen Arbeitsbeschaffung, sondern vor allem auch die Verbilligung des Geldes durch Senkung der Zinssätze, die Neuorientierung unserer Währungspolitik, die Senkung der durch Kartelle und Syndikate unnatürlich hoch gehaltenen Preise, die Stärkung des inneren Marktes durch Hebung der Landwirtschaft, und schließlich die Einführung des Arbeitsdienstjahres. Letzteres ist allerdings nicht zum Zwecke der Produktion von Gütern, sondern in erster Linie als eine Gelegenheit zur Schulung der persönlichen Kräfte und der beruflichen Fähigkeiten gedacht.

Im dem C.S.D. der Staat eine Schöpferordnung Gottes, so kann er nicht anders, als sich einsetzen für die Freiheit und das Recht dieses Staates. Das deutsche Volk als ein Glied der Menschheit hat wie die anderen Völker von Gott her das Recht auf Lebenstraum und auf Entfaltung seiner Kräfte. Der Versailler Vertrag und der Youngplan unterbinden die Lebensbedeutung Deutschlands und verleiern dieses gottgegebene Recht unseres Volkes. Gegen dieses Unrecht zu kämpfen, ist uns daher eine heilige Aufgabe. Freilich wissen wir auch, daß die wichtigste Voraussetzung für die Befreiung vom Joch der Feinde die innere Volkserneuerung ist.

In der Kulturpolitik tritt der C.S.D. aus innerster Ueberzeugung ein für den Schutz und die Förderung der Kirchen und religiösen Gemeinschaften sowie ihrer Anhalten. Schulpolitik fordert der C.S.D. die Sicherung christlicher Jugendberziehung. Mit ganzer Entschiedenheit setzt sich der C.S.D. ein für die Bekämpfung von Schund und Schmutz, von Alkoholismus und Bodenpekulation. Der C.S.D. steht mit Bewußtsein ab von der Aufstellung eines ins Einzelne gehenden Programmes. Die Not der Zeit fordert nicht Programme, sondern Männer, die ausgerüstet mit der nötigen Sachkenntnis, im Gewissen gebunden an Gott und frei von persönlichen Rücksichten, bereit sind zum Dienst und zur Verantwortung. Männer mit dem Glauben des Kindes und mit stahhartem Willen. Nur wenn sich solche Männer aus allen aufbaumülligen Parteien im kommenden Reichstag zur Zusammenarbeit die Hand reichen, wird das unserm Volk drohende Chaos abgewandt werden können.

Die Lage des Handwerks im August

Vom Reichsoberband des deutschen Handwerks wird uns geschrieben:

Ein Rückblick auf die Wirtschaftslage des Handwerks im Monat August zeigt, daß gegenüber dem Vormonat ein **weiterer Rückschlag** in der Geschäftslage eingetreten ist. Selbst die Handwerksämter, die für den täglichen Bedarf arbeiten, haben unter der geschwächten Kaufkraft des Publikums, namentlich unter den Auswirkungen der ungewöhnlich hohen Arbeitslosigkeit zu leiden. Auch in den Handwerksberufen, denen durch die Erntezeit für gewöhnlich vermehrte Aufträge erteilt werden, war die Beschäftigung durchaus ungenügend. Es wird allgemein betont, daß die Landwirtschaft sich infolge der zum Teil nicht allfünftigen Ernten große Zurückhaltung in der Auftragserteilung auferlegt. Besonders kennzeichnend sind für die Wirtschaftslage des Handwerks ausschlaggebend war während des Berichtsmontats die nahezu völlige Stille auf dem Baumarkt. Sowohl die schlechte Witterung der letzten Wochen als vor allem auch die Wirtschaftskrise tragen dazu bei, daß Aufträge so gut wie garnicht mehr einfließen. Selbst für die Baunebenberufe lagen, da die im Frühjahr begonnenen Arbeiten fertig sind und auch Reparaturarbeiten wenig veranlaßt werden, nur wenig Aufträge vor. Man erhofft eine nachhaltige Besserung von dem Arbeits- und Lohnbeschaffungsprogramm der Reichsregierung. Eine Besserung erhoffen von den nächsten Wochen auch die Bekleidungsberufe, namentlich das Herren- und Damenschneidberufswerk, das zuerst infolge der Reiseszeit und der zu Anfang des Monats faktischenden Inventurausverkäufe beinahe völlig darniederliegt.

Die Klagen über die Schwarzarbeit Arbeitsloser sowie über die Schmutzkonkurrenz nahmen ständig zu. Diese Konkurrenz ist für das Handwerk umso schwerer zu ertragen, als durch sie jede Möglichkeit, angemessene Preise für Arbeiten und Lieferungen zu erzielen, unterbunden wird, da die gedrückten Preise der Schwarzarbeiter häufig von der Kundenschaft dem Handwerk gegenüber ausgespielt werden. Im Zahlungsvorkehr der Kundenschaft ist leider eher eine Verschlechterung als Verbesserung eingetreten. Auswirkungen der Preisabstufung sind noch nicht zu spüren. Preisrückgänge werden für Leder, Kupfer, Schlachtschweine und Rinder gemeldet.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Das Befinden des Reichsaußenministers. Ueber das Befinden des Reichsaußenministers hören wir von unterrichteter Stelle, daß Dr. Curtius wieder vollständig hergestellt ist und die Vorbereitungen für seine Abreise nach Genf trifft.

Präsident Dr. von Dshausen gestorben. Der Präsident des Direktoriums der Reichsoberaufsicht für An-

gestellte, Dr. Th. von Dshausen, ist im Alter von 53 Jahren einem Herzschlag erlegen.

Untergang einer Fischerbarke. Infolge eines Zusammenstoßes mit dem Frachtdampfer „Admiral Nelson“ ging eine Fischerbarke in Neuyork unter, wobei der Kapitän und neun Mitglieder der Barke ertranken.

Schweres Autohubsunglück in Marokko. Nach einer Agenturmeldung aus Marrakech ist ein Autobus bei Gundaifa in ein Felsbett gestürzt. Sieben Eingeborene fanden den Tod, sechs wurden schwer verletzt.

Aus dem D-Zug gefallen. Die Reichsbahndirektion teilt mit: Abends ist der 14jährige Georg Jenzowitz aus Ratibor bei Brlefeldang aus dem D-Zug 7 Hamburg—Berlin gefallen und von dem auf dem benachbarten Gleis kommenden D-Zug 12 Hamburg—Berlin durch Ueberfahren getötet worden.

Handel und Verkehr

Wirtschaft

Erläuterungen zum Reichsbankausweis vom 30. August

Berlin, 2. Sept. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 30. August hat sich in der Ultimowoche die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten um 598,3 Millionen auf 2044,8 Millionen Reichsmark erhöht. Im einzelnen haben die Bestände an Handelswechseln und Schecks um 383,3 Millionen auf 1730,0 Millionen Reichsmark und die Lombardbestände um 155,0 Millionen auf 212,2 Millionen Reichsmark zugenommen. An Reichsbanknoten und Rentenbanknoten sind 715,4 Millionen Reichsmark in den Verkehr abgeflossen und zwar hat sich der Umlauf an Reichsbanknoten um 657,7 Millionen auf 4707,4 Millionen Reichsmark, derjenige an Rentenbanknoten um 57,7 Millionen auf 442,9 Millionen Reichsmark erhöht. Dementsprechend haben sich die Bestände der Reichsbank an Rentenbanknoten auf 5,0 Millionen Reichsmark ermäßigt. Die fremden Gelder zeigen mit 415,8 Millionen Reichsmark eine Abnahme um 185,2 Millionen Reichsmark. Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen haben sich um 12,9 Millionen auf 2988,0 Millionen Reichsmark erhöht. Die Deckung der Noten durch Gold allein verminderte sich auf 55,6 Prozent gegen 64,7 Prozent in der Vorwoche, diejenige durch Gold und deckungsfähige Devisen auf 63,5 Prozent gegen 73,5 Prozent.

Buntes Allerlei

Mit einem Baby in 4000 Meter Höhe

Eine ebenso heldenhafte wie aufsehenerregende Leistung vollbrachte in der Schweiz eine junge Mutter, die mit ihrem Säugling zu Fuß über die Gletscherschneise des Zwillingss-Passes in 3861 Meter zu ihrem Manne nach Frankreich zog. Ein anderer Weg war für sie nicht möglich, weil der Theobul wegen der verstärkten Bewachung von Flüchtlingen nicht mehr überschritten werden kann. Es blieb der Frau kein anderer Weg als eine Uebersteigerung der fast bis zu 4000 Meter Höhe reichenden Eispassse zu versuchen. Die Italienerin hatte sich einen erfahrenen Führer und einen Träger verpflichtet, mit denen sie zusammen den Aufstieg wagte. Sie selbst trug ihr acht Monate altes Kind auf dem Arm. Als die Touristen die seltsame Gruppe trafen, war der Führer gerade damit beschäftigt, eine Anzahl von Stufen in das steile Gletscheris zu schlagen. Gerührt von dem Anblick, erboten sich die Touristen, die Frau mit ihrem Kind zu der etwa 60 Meter tiefer gelegenen kritischen Stelle herunterzulassen. Sie banden ihre Seile zusammen und unter den größten Schwierigkeiten erfolgte die Absteigung. Tatsächlich ist es der kleinen Kolonne dann später gelungen, in Jermat wohlbehalten anzukommen. Hier erwartete die Frau ihr Mann aus Frankreich. Der ganze Vorgang des Niederkommens vom Zwillingsspaß und der Transferierung des Cornetgletschers wurde von der am Fuße des Monte Rosa liegenden Betttempshütte aus in allen Einzelheiten beobachtet.

Ein Kampf in der Luft

§ Der amerikanische Flieger Wiggins hat hoch in den Lüften einen erbitterten Kampf mit einer Klapperschlange ausgefochten und liegt gegenwärtig in dem Krankenhause in Scott City (Kansas) darnieder, um sich von den Folgen dieses schreckhaften Zwischenfalls zu erholen. Wie der Flieger erzählt, tauchte das giftige Reptil plötzlich unter dem Führer des Flugzeuges hervor, als er sich hoch über den Wolken befand. Wiggins erschrak heftig und fuhr zurück, als die Schlange sich mit ihrem Kopf ihm entgegenreckte. Unwillkürlich deckte der Flieger beide Hände vor sein Gesicht und überließ das Flugzeug sich selbst. Das Reptil biß zweimal zu, ehe Wiggins es mit den Händen fassen und festhalten konnte. Es entwickelte sich dann ein Kampf, in dessen Verlauf es dem Flieger gelang, die Schlange über Bord zu werfen. Das Flugzeug war inzwischen ins Schwanken geraten und immer tiefer gesunken. Als der Flieger es wieder in seine Gewalt bekam, konnte er eben noch eine Kollisionsangriff auf offenem Felde bewerkstelligen. Durch Zufall wurde er kurz darauf bewußtlos an der Landeshöhe aufgefunden und in ein Krankenhaus gebracht. Man hofft, daß er sich von den Schlangenbissen wieder erholen wird.

Wie wird man hundert Jahre alt?

Ein Kongreß von Hundertjährigen

Das Trienter Blatt „Provincia“ veranstaltete kürzlich einen Kongreß von hundertjährigen Bewohnern der ganzen Provinz Trentino. Es konnten hierzu 15 Personen beiderlei Geschlechts erscheinen, also immerhin ein achtbarer Erfolg des Unternehmens und ein gutes Zeugnis für den Gesundheitszustand in der Provinz. Das war aber nicht allein die Absicht der Veranstalter, sondern es sollten sich alle die Greise darüber äußern, welche Lebensweise für die Erreichung eines hohen Alters die zuträglichste sei.

Da gab es nun sehr widersprechende Ansichten. Ein Mann erklärte, hohes Alter könne durch Landarbeit und Mäßigkeit im Trinken und Rauchen erreicht werden, während ein zweiter Hundertter steif und seif behauptete, er sei nur so alt geworden, weil er unverheiratet blieb und aus diesem Grunde keine größeren Sorgen hatte. Dieser Meinung widersprach ein Dritter, der ziemlich viele Nachkommen hatte, aber nach seiner Meinung deshalb gesund blieb, weil er ein ruhiges, bescheidenes Familienleben auf dem Lande führen konnte; also auch ihn plagten keine Sorgen. Eine Greisin, die einzige, die das Wort auf dem Kongreße der Hundertjährigen ergriff, meinte, das Leben auf den Bergen in der reinen, gesunden Luft bringe langwährende Gesundheit.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Paul